



II- 4248 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

XIII. Gesetzgebungsperiode

Zl. 10.001/12-Parl/75

wien, am 15. Mai 1975

1978 /A.B.
zu 1996 /J.
Präs. am 16. MAI 1975

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1010 Wien

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr.1996/J-NR/75, betreffend Forschung auf dem Gebiet der
Kernverschmelzung, die der Abgeordnete Dr. Stix und Genossen
am 20. März 1975 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt
zu beantworten:

ad 1-4)

Anlässlich eines Vortrages von Professor
PALUMBO, derzeit Direktor der Generaldirektion XII der EG,
zuständig für das EG-EURATOM-Fusionsprogramm, im April 1973
in Innsbruck, regte dieser an, daß Österreich bemüht sein sollte,
eine engere Kooperation mit diesem Programm zu erreichen.
Professor Palumbo meinte damals, er könne sich persönlich vorerst
vorstellen, daß Österreich einen Vertreter in die "Liaison Group"
des EG-Fusionsprogramms entsendet. Diese Anregung wurde von
Univ.Professor Dr. CAP aufgegriffen und ein entsprechendes Ansuchen
im Frühjahr 1973 an das Bundesministerium für Wissenschaft und
Forschung gerichtet. Die daraufhin im Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten und der Österreichischen Mission bei den
EG unternommene Anfrage ergab, daß seitens der EG keine Entsendung
von Beobachtern in wissenschaftliche - und forschungspolitische Gremien

- 2 -

durch Nichtmitgliedländer der EG vorgesehen ist. Die Zusammenarbeit der EG mit Nichtmitgliedländern erfolgt auf wissenschaftlich-technischem Gebiet nur im Rahmen der COST-Gruppe, an deren Arbeiten Österreich aktiv beteiligt ist.

Auch die letzte derartige Vorsprache von Vertretern der Österreichischen Mission in Brüssel bei den EG im Februar 1975 ergab keine Änderung dieser Haltung der EG und es wurde festgestellt, daß ein eventuelles Assoziationsansuchen Österreichs zum EG-Fusionsprogramm/zu jenen Schwedens und der Schweiz ^{analog} erst dann behandelt werde, wenn die Anträge dieser beiden Staaten positiv entschieden würden.

Im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt vertritt das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung die Auffassung, daß eine Assoziierung Österreichs zum EG-Fusionsprogramm bei Leistungen der vollen finanziellen Beiträge aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, denn es handelt sich hiebei nicht um Beitragsleistungen im Ausmaß von S 300.000,- pro Jahr, sondern vielmehr um finanzielle Aufwendungen im Ausmaß von etwa 100 Millionen S pro Jahr. (Die Gesamtkosten des Fusionsprogrammes betragen in der Planung für die nächste 5-Jahresperiode 185 Millionen Rechnungseinheiten, das sind umgerechnet etwa 800 Millionen S pro Jahr). Von diesen wären 56% von der EG selbst und der Rest von den Partnern aufzubringen.

Eine Vereinigung "Assoziierung der Fusionsplasmaphysiker in Europa" existiert nicht, ein diesbezügliches Ansuchen von Univ. Professor Dr. Cap wurde daher nie gestellt und sohin auch nicht abgelehnt.

Zu den Behauptungen, die übrigens nicht von Herrn Univ. Professor Dr. Cap stammen, wonach den österreichischen Plasmaphysikern keine ausreichende Information über internationale Forschungen zur Verfügung stünden, kann nur festgestellt werden, daß Herrn Univ. Prof. Dr. Cap alle Ansuchen um Teilnahme an internationalen Kongressen und Symposien bewilligt wurden; So z.B. im Herbst 1974 die Teilnahme am IAEA-Symposium über Fusionsreaktoren in Tokio.

- 3 -

Das internationale Plasmaphysik-Symposium, das im März 1975 in Innsbruck stattfand, wurde mit einer Subvention des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Ausmaß von S 160.000,- gefördert. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat immer im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Bundeshaushaltes eine entsprechende Förderung und Unterstützung den genannten Wissenschaftern angedeihen lassen.

